



Donnerstag, 23. Mai 2019, 14:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Die Frauen-Revolution

Im Sudan bricht ein arabischer Frühling an — überraschenderweise in weiblicher Form.

von Ine Stolz
Foto: RAUF.ISMIKHAN/Shutterstock.com

Eines der militantesten und korruptesten Länder der Welt erlebt einen bis jetzt erstaunlich friedlich verlaufenden Umsturz. Nach monatelangen Protesten wurde der Diktator des Sudan, Omar Al Bashir, am 11. April 2019 vom Militär verhaftet. Derzeit wird das Land von einer Militär-Übergangsregierung geleitet. Aber das Volk, allen voran die Frauen, will eine Zivilregierung installiert sehen, und Hunderttausende demonstrieren überall im Land weiter. Anders als beim arabischen Frühling 2010 ist bei dieser Revolution die enorme Präsenz und Rolle der Frauen bei den Demonstrationen erkennbar — ein tolles Beispiel von Emanzipation heraus aus Unterdrückung und

Erniedrigung.

Die Republik Sudan liegt in Ostafrika und grenzt an das Rote Meer. Große Teile des Landes werden von der Sahara und der sich nach Süden anschließenden trockenen Sahelzone eingenommen. In Khartum verbinden sich der weiße und der blaue Nil, der sich von dort nordwärts wie eine Lebensader durch die Wüste schlängelt.

Das Land war bis 1956 britische Kolonie. Am 30. Juli 1989 putschte sich Omar Al Bashir an die Macht und installierte eine Militärdiktatur. Fast genau 30 Jahre herrschte er autokratisch in einem Militär- und Polizeistaat mit der Scharia als islamischem Rechtssystem. Einen Großteil dieser Regierungszeit befand sich der Sudan im Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd. Im Juni 2011 trennte sich der Süden des Sudan vom Norden ab und wurde der jüngste Staat Afrikas.

Auf der Fläche des Südsudan befinden sich bedeutende Rohstoffvorkommen, vor allem Erdöl. Seit der Abspaltung sind internationale Streitereien um das Erdöl ausgebrochen, während das Land und seine Bevölkerung im Chaos versinkt. Durch diese Abspaltung hat auch der Norden fast all seine wirtschaftlichen Ressourcen verloren.

Die folgende Schilderung der Geschehnisse im Sudan seit Dezember 2018 wurde der Autorin, die selbst von 2014 bis 2016 im Sudan gelebt und gearbeitet hat, von Azza Mustafa, einer damaligen Kollegin und Freundin, übermittelt und wird hier wortgetreu wiedergegeben.

Wie alles begann

Am 13. Dezember 2018 demonstrierte eine kleine Gruppe von Menschen zunächst in Damazine, am 19. Dezember dann in Atbarra und Nahr Alneel im Norden des Sudan. Bei den Protesten ging es in erster Linie um die bereits seit Monaten anhaltende Benzinknappheit. Auch die Banken waren nicht liquide und man konnte nur 300 bis 500 sudanesischen Pfund pro Tag abheben, das entspricht etwa 6 bis 8 Euro. An Tankstellen und Banken überall im Land bildeten sich endlose Schlangen, auch Brot war schwer zu bekommen. Als dann die Brotpreise immer weiter anstiegen, kam es zu ersten öffentlichen Protesten. Auch der Arabische Frühling hatte so seinen Anfang genommen.

Als am 25. Dezember 2018 die Demonstrationen in der Hauptstadt Khartum begannen, wurden die Menschen von der Sicherheitspolizei des sudanesischen Regimes brutal angegriffen. Auf Grund des massiven Einsatzes von Tränengas, Inhaftierungen und Gewalt gingen die Proteste zuerst nur zögerlich weiter.

In den ersten Reihen befanden sich bereits zu diesem Zeitpunkt die Studentinnen der Ahfad Womens University in Khartum. Die sudanesischen Frauen ließen sich von der Brutalität der „Sicherheitskräfte“ nicht abschrecken.

Seitens der Demonstranten handelte es sich von Anfang an um einen friedlichen und gewaltfreien Aufstand. Durch die sozialen Medien drang an die Öffentlichkeit, wie viele Studenten, Juristen oder Journalisten inhaftiert worden waren, nachdem sie ihre Meinung in den Straßen Khartums zu vertreten suchten.

Im Januar 2019 begannen zivile Aktivisten gezielt mit Sensibilisierungskampagnen, um die Bevölkerung über den sich etablierenden Volksaufstand im Sudan aufzuklären. Trotz Militär- und Sicherheitsaufgebot gingen die Proteste weiter. Die Brutalität, mit der die Regierung gegen die Demonstranten vorging, wurde mit Mobilgeräten gefilmt und bahnte sich ihren Weg durch das Internet

weit über die Landesgrenzen hinaus. Das brachte die Regierung zusehends in Verlegenheit.

Ein Teil der Bevölkerung verhielt sich gegenüber den untypischen öffentlichen Demonstrationen in der Hauptstadt eher zurückhaltend. Andere hatten schlicht Angst, zur Zielscheibe der Miliz zu werden. Es gab aber auch diejenigen, die für ihre Ideale, für Frieden und Freiheit in ihrem Land brannten und bereit waren, alles zu riskieren. Aktivisten verbreiteten weiter Informationen und schürten den friedlichen Volksaufstand. (Wir dürfen hier nicht vergessen, dass wir uns in einer der rigidesten Militärdiktaturen befinden, in der es zu jeder Zeit zu einem Massenmord an der Zivilbevölkerung hätte kommen können – in einem Land, wo jeder und alles von der Staatsicherheit überwacht und geahndet wird, Anmerkung der Autorin).

Überall in der Stadt gab es unkoordinierte kleine Protestherde, bis die Sudanese Professionals Association (SPA) begann, die Demonstrationen gezielt zu organisieren. In den sozialen Netzwerken gab es Fürsprecher der Revolution, wie zum Beispiel die Ärztin Dr. Sarah Abdeljaleel, die in England lebt. Die Demonstrationen wuchsen von Hunderten zu Tausenden von Menschen an, während die Brutalität, mit der die Regierungstruppen durchgriffen, stetig anstieg. Bilder im Internet zeigten Inhaftierte, die brutal zusammengeschlagen worden waren. Auch vor den Frauen wurde nicht halt gemacht: Auch sie wurden niedergeknüppelt und einige brutal vergewaltigt.

Das sudanesisches Fernsehen verschwieg die Vorkommnisse im Land. Es gab keine Nachrichten, die sich mit der aktuellen Situation befassten. Informationen gab es nur über die sozialen Netzwerke und auch dort versuchte die Regierung, Falschmeldungen zu platzieren.

Azza sagte, sie hätte während dieser Zeit immer große Angst

gehabt, wenn sie das Haus verließ. Aber trotzdem demonstrierte sie weiter. Nicht für Benzin, auch nicht für Brot, aber für Freiheit und Gerechtigkeit.

Viele Gedichte und Lieder wurden geschrieben, um ein Nationalgefühl zu entwickeln und die Sudanesen weiter zu animieren, am Volksaufstand teilzunehmen. Mädchen und Jungen, Frauen und Männer demonstrierten Seite an Seite.

Es gab auch weiterhin von Frauen angeführte Demonstrationen, ausgehend von der Afhad Universität für Frauen. Laut Azza waren die Frauen von Anfang an aktiv präsent und haben so auch die Männer motiviert und bestärkt, weiter auf die Straße zu gehen und zu kämpfen. Zeitweise sah es sogar so aus, als protestierten mehr Frauen als Männer.

Frauen verließen meist in Kleingruppen das Haus und fanden sich an den vorangekündigten Treffpunkten ein. Dort wurden sie in der Mitte des Protestzuges platziert, um sie vor Polizeiangriffen zu schützen. Das Regime versuchte gezielt, die Menschen zu verunsichern, indem sie Frauen und Mädchen fingen und quälten. Aber auch das konnte die Frauen des Sudan nicht davon abhalten, weiter auf die Straße zu gehen.

Auch versuchte die Regierung die Glaubenskarte auszuspielen, indem sie veröffentlichte, dass Frauen laut Scharia nicht demonstrieren dürften. Die protestierenden Männer wurden als Kommunisten bezeichnet. So versuchte die Regierung, ungebildete Bevölkerungsgruppen gegen die Demonstranten, die sich angeblich gegen den Islam stellten, aufzuwiegeln. Das führte allerdings dazu, dass am darauffolgenden Freitag vor dem Militärhauptquartier in Khartum hunderttausende Sudanesen das Freitagsgebet gemeinsam auf der Straße zelebrierten.

Der Wendepunkt

Der 6. April 2019 war der Wendepunkt im Volksaufstand der sudanesischen Bevölkerung. Etwa eine Woche zuvor hatten die Menschen begonnen, sich immer wieder vor dem Militärhauptquartier und dem Verteidigungsministerium zu versammeln. Die Regierungstruppen blockierten die Straßen zum Hauptquartier und stoppten die Demonstranten mit Tränengas. Über Mobiltelefon wurden die Menschen informiert, dass eine Seitenstraße am Flughafen entlang offen sei. So konnten die Demonstranten von hinten an das Militärhauptquartier herankommen. Sie waren zu allem entschlossen und nicht mehr aufzuhalten.

Am Abend des 6. April 2019 wurde die Zahl der Demonstranten auf mehr als eine Million geschätzt.

Bis Anfang März hatte das Regime 53 Menschen, davon eine Frau, getötet. Da der sudanesischer Staat daraufhin wegen seiner Brutalität in den internationalen Medien angeprangert wurde, kamen vorerst keine weiteren Menschen mehr zu Tode.

In den Tagen nach dem 6. April 2019 kamen immer mehr Menschen aus dem ganzen Land zusammen und blieben jetzt auch nachts trotz Ausgangssperre vor Ort. Es sollen zeitweise mehr als drei Millionen Demonstranten gewesen sein.

Der Umsturz

Am 11. April 2019 wurde Diktator Al Bashir schließlich vom Militär gezwungen, zurückzutreten. Sein Vizepräsident und Verteidigungsminister General Awad Ibn Aouf sollte umgehend an seiner Stelle die Macht übernehmen. Also gingen die

Demonstrationen weiter, bis auch er zurücktrat. Ein Militärrat aus zehn Kommandanten wurde geformt.

Immer wieder wurden die Demonstranten von regierungstreuen Milizen angegriffen, aber das Militär schützte sie. Es kamen sechs Militärs und sechs Zivilisten ums Leben.

Es wird vermutet, dass bis zu 4.000 Menschen inhaftiert wurden, von denen die meisten nach dem Fall von Al Bashir freigelassen wurden.

Verhandlungen zwischen dem Militärrat Transitional Military Council (TMC) und den Oppositionsparteien aus SPA und der Allianz für Freiheit und Wandel, Alliance for Freedom and Change (APC), die sich im März 2019 zusammengeschlossen hatten, wurden vereinbart und dauern bis dato an.

Laut Azza Mustafa wird das Komitee für die Forderungen der Bevölkerung bei den Verhandlungen von folgenden drei Personen gebildet: Dr. Mohamed Naji AlAssan, Sprecher der SPA, der für drei Monate inhaftiert war, Omer Aldiggair, Leiter der Sudanese Conference Party, der zwei Monate inhaftiert war, und Mariam Alsaddig AlMahdy, Generalsekretärin der Al'Umma Partei . Erste Vorschläge seitens des Militärrates wurden abgelehnt, da wichtige konstitutionelle Grundlagen fehlten und das Ganze nach wie vor auf das islamische Rechtssystem der Scharia ausgelegt war.

Auf der einen Seite zögert der Militärrat weitere Verhandlungen hinaus, auf der anderen Seite schlug er Neuwahlen in sechs Monaten vor, was bei der derzeitigen Lage kaum zu erreichen sein wird.

Eine Einmischung oder Positionierung seitens der Europäischen Union sowie der Vereinigten Staaten war bis zu Beginn des Ramadan eher gering. Beide beobachteten das Geschehen mit

Abstand, ohne aktiv werden. Die Vorgänge wurden als interne Angelegenheit des Sudan angesehen. Internationale Geber sind im Sudan stark vertreten. Ausländische Experten verließen das Land nicht, da sie zu keinem Zeitpunkt Ziel der Auseinandersetzungen waren. Allerdings sollen Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten in die Geschehnisse involviert sein. Alle drei wollen, dass die Muslimbruderschaft im Sudan verschwindet. Außerdem kämpfen laut Azza Zehntausende sudanesischer Soldaten für Saudi-Arabien im Jemen.

Am 6. Mai 2019 begann der Fastenmonat Ramadan, der 30 Tage andauert. Die Demonstranten werden jetzt ihre Sitzblockaden weiterführen, ohne tagsüber zu essen oder zu trinken, und dies bei Temperaturen zwischen 40 und 50 Grad Celsius. Zuvor wurden die Demonstrierenden von der Bevölkerung in großen Zelten mit Nahrung und Wasser versorgt. Am ersten Abend des Fastenbrechens gesellten sich der amerikanische und der britische Botschafter in Khartum zu den Streikenden. Es bleibt jedem selbst überlassen, diese Geste zu kommentieren.

Am 8. Mai hat sich das Büro des Sprechers des US State Departments in einem Schreiben positioniert. Danach gab es eine Unterredung zwischen dem stellvertretenden Staatssekretär J. J. Sullivan mit dem Vorsitzenden des Militärrates General Abdel Fattah El Burhan. Der Staatssekretär drückte seine Unterstützung für die Wünsche des sudanesischen Volkes nach einer freien, demokratischen und prosperierenden Zukunft aus.

Er forderte den Militärrat dazu auf, zügig eine zivile Interimsregierung zu bilden und hob die Verantwortung des Generals diesbezüglich hervor. Des Weiteren ermutigte der Staatssekretär den Militärrat, zu einer Übereinkunft mit der Allianz für Frieden und Wandel zu kommen, die den Willen des Volkes widerspiegelt. Zum Schluss bekräftigte er noch einmal die Erwartung der Vereinigten Staaten, dass weiterhin die

Menschenrechte gewahrt, friedvolle Proteste erlaubt und die freie Meinungsäußerung gemäß den Menschenrechtsverpflichtungen des Sudan erlaubt ist. Einen Tag später reichte General El Burhan seinen Rücktritt ein.

Vom 10. Mai an mischten sich vermehrt deutsche, britische und amerikanische Botschaftsangehörige sowie Repräsentanten der Europäischen Union unter die fastende streikende Bevölkerung und zeigten sich demonstrativ solidarisch, was in den Monaten zuvor nicht der Fall war.

Laut Azza Mustafa ist der sudanesischen Bevölkerung bewusst, dass es während der kritischen Zeit vor dem Sturz von El Bashir, in der niemand wusste, wohin sich die Situation weiterentwickeln würde, keine Solidaritätsbekundungen gab. Ziel der Bevölkerung sei es nun, den bis jetzt errungenen Erfolg aufrechtzuerhalten. Falls ausländische Regierungen sie in ihren Bestrebungen unterstützen wollten, seien sie willkommen. Ansonsten sollten sie sich heraushalten. Dazu müssten sich die Repräsentanten der ausländischen Regierungen klar zur Zivilbevölkerung und gegen das Militär aussprechen.

Die Revolution des Sudan hat zwar keinen Che Guevara, aber nichtsdestotrotz wurden einige Aktivisten während der letzten Monate sehr populär: Etwa Osman Zulnoon, der während der Aufklärungskampagnen sehr aktiv war. Die Brüder Ahmed und Musab AlDai, zwei junge Aktivisten, die die Jugend dazu antrieben, auf die Straße zu gehen und für ihre Rechte einzustehen. Hisham Mohamed Ali, ein sehr wichtiger Oppositioneller, der von Saudi-Arabien in den Sudan ausgeliefert und dort inhaftiert und gefoltert worden war. Ali Habani, ein Aktivist in den Vereinigten Staaten. Mohamed Ali Boushi, der von Kairo ausgeliefert und ebenfalls inhaftiert und gefoltert worden war.

Weiterhin Hisham Abbas, ein Aktivist in Saudi-Arabien, M. Taifoor,

Aktivist in Europa und Gen. M. Haddra und Mubarak Alkodda, ebenfalls von außerhalb des Sudan. Die Diaspora spielte eine große Rolle, was durch die globale digitale Vernetzung möglich wurde.

Am Abend des 13. Mai kündigte der Militärerrat eine vorläufige Einigung an. Azza Mustafa schrieb, sie wünschte, dass dies wirklich wahr sei, denn seit Monaten gab es so viele Lügen und Ungereimtheiten und langsam würden sie das Vertrauen verlieren. Die zusätzliche Fastenzeit zermürbt die Zivilbevölkerung.

In dieser Nacht griffen Sicherheitstruppen und die Miliz von General Hamdan Daglo (Hamiaty), der stellvertretende Vorsitzende des Militärrates, Kopf der Milizen in Darfur und von Saudi-Arabien unterstützt, die friedlichen Demonstranten an; sie töteten fünf und verletzten fünfzig. Einer der toten war ein Soldat, der versuchte, die Menschen zu schützen. Azza stellte hier noch einmal klar, dass die Demonstranten keine Waffen hätten und so der Miliz und den Sicherheitskräften keine Chance gäben zu behaupten, die Zivilbevölkerung sei militant und aggressiv. Wahrscheinlich hat genau das bis dato eine Eskalation verhindert.

Außerdem will die Bevölkerung unbedingt einen Bürgerkrieg vermeiden, denn den hatte der Sudan jahrzehntelang. Die oben genannten Aktivisten haben seit Monaten die Bevölkerung auf genau diese Punkte sensibilisiert. Das Problem stellt nach wie vor derjenige Teil der bewaffneten Truppen, Sicherheitskräfte und Milizen dar, die meist ungebildet sind und keine andere Lösung als die Gewalt kennen. Die Situation kommt einem Pulverfass gleich.

Am 14. Mai starb die erste Demonstrantin. Via YouTube-Videos wurden all diese Geschehnisse umgehend publik gemacht. Daraufhin hat die amerikanische Botschaft sich auf Facebook zu Wort gemeldet, indem sie die sechs Toten und mehr als hundert Verletzten bedauerte und klarstellte, dass dies das Ergebnis des Verhaltens des Militärates provoziert hatte, der versucht, der

Bevölkerung seinen Willen auszudrücken. Mittlerweile bringt die Botschaft ihre Sympathie für die Bevölkerung klar zum Ausdruck und ermutigt sie dazu, weiter gewaltfrei für einen friedlichen und demokratischen Sudan einzustehen und sich nicht provozieren zu lassen.

Am 15. Mai kam es endlich zu einer Einigung bezüglich der Minister und hinsichtlich eines konstitutionell unabhängigen Rates sowie eines Aufklärungsbeirates, der die Morde an den Demonstranten aufklären soll. Es heißt sogar, die Professorin Fadwa Abdel Rhaman Ali Taha sei als erste sudanesischer Premierministerin nominiert. Sie hat Geschichte und Philosophie studiert und Dokortitel aus dem Sudan, den USA und Norwegen.

Am 16. Mai wurden die Verhandlungen erneut ohne bekannte Gründe suspendiert.

Rashid Abdi schrieb am 10. Mai in der äthiopischen Zeitung Addis Standard eine Analyse der derzeitigen Situation am Horn von Afrika. Er schreibt:

„Der Sudan befindet sich an einem Scheideweg. Es gibt große Hoffnungen aber auch Angst. Wie der Sudan den schwierigen Wandel bewältigen will und wie die Aussichten auf Erfolg oder Misserfolg stehen, ist unklar. Allerdings besteht kein Zweifel, dass, wenn der Umbruch scheitert, der Traum von Millionen auf der Suche nach Freiheit und einem besseren Leben zerstört wird.“

Quellen und Anmerkungen:

(1) Rashid Abdi: In Depth Analysis: A Spring in the Horn: Mass

Protest and Transition in Sudan and Ethiopia; in Addis Standard vom 10.05.2019; Zur weiteren Vertiefung der Thematik ist der Text für Interessierte unbedingt lesenswert.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Ine Stolz, Jahrgang 1964, studierte Ökologie und Umweltschutz, danach Agrarwissenschaften, spezialisiert auf die Tropen und Subtropen und promovierte in Ökotoxikologie. Alles aufgrund ihrer bereits frühen Affinität zum afrikanischen Kontinent. Dort verbrachte sie fast 25 Jahre, anfangs als Wissenschaftlerin an einem großen Agrarforschungsinstitut. Als sie dort zu wenig Einfluss auf die wirkliche ländliche Entwicklung erkannte, wechselte sie in die Beratung von bäuerlichen Kooperativen. Danach leitete sie als Koordinatorin zwei landwirtschaftliche Projekt. 2016 hat sie sich aus dem Geschäft „Entwicklungshilfe“ verabschiedet. Über ihre persönlichen Erfahrungen hat sie 2017 das Buch „Alte Seele Afrika“ veröffentlicht.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.